

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Europas Wettbewerbsfähigkeit erhalten – Die wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen im atlantischen Raum stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die vergangenen 20 Jahre waren von erheblichen Umbrüchen in der Weltwirtschaft gekennzeichnet. Chinas rasanter Aufstieg zu einer ökonomischen Supermacht seit seinem WTO-Beitritt im Jahr 2001 hat das Land nicht nur zu einem der einflussreichsten wirtschaftlichen, sondern auch politischen Akteur heranwachsen lassen. Auch andere Länder z. B. im südostasiatischen Raum haben sich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich stark entwickelt. Zwei Drittel des globalen Wirtschaftswachstums werden inzwischen im Indo-Pazifik-Raum generiert. In der Region sind mit RCEP und CPTPP in den letzten Jahren zwei der größten Freihandelszonen der Welt entstanden. Knapp 90 Prozent des Wachstums erfolgen inzwischen außerhalb der Europäischen Union, die durch externe Schocks wie die Weltfinanzkrise 2007/2008 sowie die COVID-19-Pandemie 2020/2021 wirtschaftlich besonders hart getroffen wurde. Der Internationale Währungsfonds rechnet damit, dass der Anteil der Europäischen Union am globalen Bruttoinlandsprodukt innerhalb der kommenden fünf Jahre um einen weiteren Prozentpunkt auf 14 Prozent sinken wird. Diese Entwicklung schwächt auch Europas politisches Gewicht.

Die COVID-19-Pandemie hat hervorgehoben, wie groß die Abhängigkeit der Europäischen Union und Deutschlands von Zwischenprodukten v. a. aus dem asiatischen Raum geworden ist. Und sie verdeutlicht auch die potenziellen wirtschaftlichen Verwerfungen, die sich aus außen- und sicherheitspolitischen Spannungen im für den Welthandel so wichtigen Südchinesischen Meer ergeben können.

Die vergangenen Jahre haben darüber hinaus gezeigt, dass die multilaterale regelbasierte Ordnung – insbesondere die Welthandelsordnung – massiv unter Druck geraten ist. Bedeutende multilaterale Liberalisierungserfolge im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) sind in den vergangenen Jahren ausgeblieben. Die nach jahrelangen Verhandlungen gescheiterte Doha-Runde steht sinnbildlich für diese Krise. Protektionistische Tendenzen sind inzwischen weltweit auf dem Vormarsch. Das Klima in der Weltwirtschaft ist rauer geworden. Neue Handelskonflikte zwischen China und den USA zeigen dies eindringlich.

Auch der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine hat erhebliche Folgen auf unsere Handelsbeziehungen. Aufgrund der hohen Quote an russischen Importen bei Gas, Erdöl und Kohle in Deutschland und Europa sowie der großen Bedeutung der Ukraine und Russlands am Welthandel mit Getreide,

Ölsaaten und Eiweißpflanzen sind rasche Antworten zur Sicherstellung der Energie- und Ernährungssicherheit erforderlich. Neben der Stärkung der eigenen Energie- und Lebensmittelproduktion ist eine stärkere Diversifizierung der Energieimporte auch aus dem transatlantischen Raum erforderlich. Zudem müssen neue transatlantische Wirtschaftspartnerschaften, vor allem im Bereich der Energie, gegründet und bestehende vertieft werden.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre sowie der Angriffskrieg auf die Ukraine verdeutlichen, dass es höchste Zeit ist, bestehende wirtschaftliche Beziehungen mit gleichgesinnten Ländern auszubauen und neue Kooperationspartner zu finden, um Lieferketten zu diversifizieren, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und die Resilienz der Europäischen Union und Deutschlands zu erhöhen. Nur so kann die EU wirtschaftlichen und politischen Einfluss zurückgewinnen und angesichts der dynamischen Entwicklungen in anderen Weltregionen wettbewerbsfähig bleiben. Hierbei kommt unseren transatlantischen Partnern USA und Kanada, aber auch süd- und mittelamerikanischen Ländern eine große Bedeutung zu.

Nachdem die Beziehungen der EU zu den Vereinigten Staaten von Amerika in den vergangenen Jahren durch zahlreiche wirtschafts- und handelspolitische Konfliktpunkte eingetrübt wurden, hat sich mit dem im Januar 2021 erfolgten Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden ein Zeitfenster aufgetan, die transatlantische Partnerschaft zu vertiefen und mit einer zukunftsweisenden Agenda zu unterlegen.

Mit der vorläufigen Beilegung des 17 Jahre währenden Airbus-Boeing-Streits sowie dem vorläufigen Kompromiss über US-Sonderzölle auf europäische Stahl- und Aluminiumimporte haben beide Seiten im ersten Amtsjahr von US-Präsident Biden bereits zwei große handelspolitische Konflikte adressiert. Die Einberufung eines EU-US-Handels- und Technologierats (Trade and Technology Council – TTC) im September 2021 markiert nunmehr den Beginn eines neuen transatlantischen Wirtschaftsprojekts seit den gescheiterten TTIP-Verhandlungen.

Diese jüngsten EU-US-Fortschritte sollten Ansporn sein, die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft neu zu denken und auszubauen. Dabei sollte unsere Wirtschafts- und Handelspolitik keine unrealistischen Erwartungen (z. B. die Wiederauflage von TTIP) wecken. Vielmehr sollte die Wirtschafts- und Handelspolitik von Pragmatismus geprägt sein. Ziel muss es sein, Bereiche zu identifizieren, in denen eine Zusammenarbeit nicht nur vorteilhaft ist, sondern schnell konkrete Verhandlungsergebnisse und Teilabkommen erreicht werden können. Der TTC bietet den USA und der EU hierfür ein geeignetes Forum, welches auch dazu genutzt werden kann, die Abhängigkeiten von Drittstaaten zu verringern. Hierüber kann gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden, um perspektivisch wieder über ein transatlantisches Handels-, Wirtschafts- und Investitionsabkommen zu verhandeln, welches auch klimapolitisch neue Maßstäbe setzt.

Unseren Blick sollten wir jedoch auch auf andere Länder des amerikanischen Kontinents richten. So gehört auch Kanada zu den engsten Verbündeten der Europäischen Union und Deutschlands – ein demokratisch verfasster Staat, der uns politisch und wirtschaftlich nahe steht und mit dem wir gemeinsame Werte teilen. Seit 2016 wird das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) nur vorläufig angewandt. Es hat aber schon jetzt zu einem deutlichen Anstieg des Handelsvolumens geführt. Vor diesem Hintergrund sollten wir CETA umgehend ratifizieren. Damit könnte unser Land auch gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten das klare Signal aussenden: Deutschland verfolgt als größte Wirtschafts- und Handelsnation in der Europäischen Union keine isolationistische Politik, sondern hat das klare Interesse, seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Drittstaaten auszubauen.

Mit dem Abschluss von Freihandelsabkommen muss das Ziel verbunden sein, nachhaltiges Wachstum in den Unterzeichnerstaaten zu unterstützen. Mit wirksamen Nachhaltigkeitskapiteln können Standards zum Schutz von Umwelt, Verbrauchern und Arbeitnehmern gesetzt werden. Damit flankieren sie auf der staatlichen Ebene auch gerade das Interesse deutscher Unternehmen, internationale Standards zu setzen. Bei den Verhandlungen ist jedoch Augenmaß und Pragmatismus gefragt, damit es nicht zu einer Überfrachtung der Freihandelsabkommen und einer möglichen Überforderung weniger entwickelter Partner kommt. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass es nicht zu Wettbewerbsnachteilen in einzelnen Wirtschaftsbereichen kommt.

Pragmatismus ist auch beim Umgang mit bereits ausgehandelten, aber noch nicht ratifizierten Freihandelsabkommen gefragt. Den Einfluss auf Drittstaaten erhöht die Europäische Union und Deutschland nicht, in dem ausgehandelte Abkommen komplett „in den Wind geschlagen“ werden oder Verhandlungspartner nachträglich mit zusätzlichen Forderungen konfrontiert werden, die den Abschluss von Wirtschafts- und Partnerschaftsabkommen auf absehbare Zeit für die Gegenseite unmöglich machen. Neben dem falschen Signal an derzeitige und künftige Verhandlungspartner würde ein solches Vorgehen zudem die europäische Handelspolitik untergraben und marginalisieren. Einfluss wird nur gewonnen, wenn eine Kooperation auf Augenhöhe angestrebt wird. Das gilt auch für das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen. Wenn die EU es nicht schafft, das Assoziierungsabkommen mit den Mercosur-Staaten zu ratifizieren, so läuft sie Gefahr, dass Wettbewerber wie China in die lateinamerikanischen Märkte vorstoßen, neue wirtschaftliche Beziehungen aufbauen, ihrerseits Standards setzen und ihren politischen Einfluss in der Region vergrößern. Allen politischen Akteuren muss klar werden: Nicht ohne, sondern nur mit dem EU-Mercosur-Abkommen können die Europäische Union und Deutschland die Globalisierung aktiv mitgestalten, die Handels- und Investitionsbeziehungen auf ein breiteres Fundament stellen und so letztlich auch Einfluss auf klima- und umweltpolitische Entwicklungen nehmen.

Gleiches gilt für die Modernisierung der Handelsbestandteile des Assoziierungsabkommens mit Chile, welche nicht nur den weiteren Abbau von Handelsbarrieren, sondern auch die Anhebung von Umweltstandards vorsieht. Nach dem erfolgreichen Abschluss der technischen Verhandlungen sollte die EU mit der neuen chilenischen Regierung nun umgehend einen politischen Abschluss der Verhandlungen anstreben. Zudem sollten wir schnellstmöglich das erneuerte Abkommen mit Mexiko ratifizieren und implementieren. Dies wäre auch ein wichtiges Signal an andere Handelspartner, dass es möglich ist, bestehende Handelsabkommen mit der EU modernisieren und optimieren zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Nord- und Südamerika auszubauen, damit die Europäische Union und Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht den Anschluss verlieren, die wirtschaftliche Verletzbarkeit der europäischen Volkswirtschaften mithilfe einer Diversifizierung der Lieferketten reduziert wird und Europas Einfluss auf internationale Normen- und Standardsetzung erhalten bleibt. Dafür gilt es:
 - a. das ausverhandelte europäisch-kanadische Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA schnellstmöglich zu ratifizieren. Denn ein weiteres Abwarten schadet den politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der EU;
 - b. für die vollständige Ratifizierung und Anwendung des Assoziierungsabkommens der EU mit dem Mercosur-Raum einzutreten. Verstärkte Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Wahrung europäischer Produktions- und Produktstandards sollen über Zusatzvereinbarungen geregelt werden;

- c. sich für den umgehenden politischen Abschluss der Verhandlungen über die Modernisierung des Abkommens mit Chile sowie die Ratifizierung des modernisierten Handelsabkommens mit Mexiko einzusetzen;
- d. weitere seit vielen Jahren angewendete Abkommen wie z. B. mit der Andengemeinschaft zu modernisieren;
2. die bisher von der Bundesregierung und EU-Kommission verfolgte Deeskalation von Handelskonflikten mit den USA fortzuführen und abschließende Lösungen für noch bestehende Streitigkeiten zu finden;
3. eine positive Handelsagenda mit den USA auf europäischer Ebene voranzutreiben, welche die großen Chancen in der Digital- und Wettbewerbspolitik, bei Technologiefragen sowie im Energie- und Klimabereich in den Mittelpunkt rückt;
4. den neuen TTC aktiv zu unterstützen und zur zentralen transatlantischen Plattform zu entwickeln, um gemeinsame geopolitische Interessen zu identifizieren, die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit in den relevanten Zukunftsfeldern zu intensivieren sowie wirtschafts- und handelspolitische Teilabkommen in den entsprechenden Bereichen anzubahnen;
5. zu prüfen, inwiefern bei künftigen Einigungen des TTC auch Japan vor dem Hintergrund des EU/JPN/USA-Trilogs einbezogen werden kann;
6. den TTC als Blaupause zur Schaffung ähnlicher Dialogplattformen mit anderen Partnern heranzuziehen;
7. neue Energiepartnerschaften im atlantischen Raum zu begründen und bestehende Energiepartnerschaften weiter zu vertiefen, um die Energieversorgung Deutschlands stärker zu diversifizieren;
8. langfristig einen Neustart der Verhandlungen über ein Handels-, Wirtschafts- und Investitionsabkommen mit den USA anzustreben, welches auch klimapolitische Maßstäbe setzt;
9. sich im Handelsministerrat dafür einzusetzen, die europäische Handelspolitik stärker an den strategischen Interessen der EU auszurichten, damit diese mit einer klaren wirtschafts- und handelspolitischen Ausrichtung und wirksamen Nachhaltigkeitsregelungen einen substanziellen Beitrag zur Stärkung von nachhaltigem Wachstum leisten;
10. auf EU-Ebene für eine ambitionierte bilaterale Handelsagenda zu werben, um die Diversifizierung von Lieferketten voranzutreiben und umfassende wirtschaftliche Abhängigkeiten von einzelnen Staaten zu reduzieren;
11. gemeinsam mit den USA eine grundlegende Reform der WTO voranzutreiben, um globale Handelshemmnisse abzubauen sowie internationale Regeln und Standards durchzusetzen, um den regelbasierten Handel zu stärken. Die WTO sollte zudem verstärkt genutzt werden, um plurilaterale Abkommen (z. B. im Bereich Klima & Digitales) voranzubringen und damit eine neue Verhandlungsdynamik auf WTO-Ebene auszulösen.

Berlin, den 15. März 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion